6. 1. Ist der ausländische Patentinhaber, der vorschriftsmäßig einen im Inlande wohnhaften Vertreter bestellt hat, behindert, den zur Verfolgung von Patentverletzungen erforderlichen Strafantrag persönlich oder durch einen anderweitig hierzu Bevollmächtigten zu stellen?
Patentgesetz v. 25. Mai 1877 §§. 12. 34 (R.G.Bl. S. 501).

2. Begründet die gesetzliche Wirkungslosigkeit des Patentbesitzes zu Gunsten desjenigen, welcher bereits zur Zeit der Anmeldung des Patentinhabers im Inlande die Erfindung in Benutzung genommen hat, nur ein persönliches Ausnahmerecht, oder erstreckt sich die hierdurch bedingte Freiheit des Inverkehrbringens oder Feilhaltens auch auf die redlichen dritten Besitzer solcher von erzierten Personen erworbenen Gegenstände der Erfindung?

Patentgesetz vom 25. Mai 1877 §§. 4. 5. 34.

III. Straffenat. Ur. v. 4. Februar 1882 g. W. Rep. 3354/81.

I. Landgericht Magdeburg.

Aus den Gründen:

1. Verfehlt ist die Rüge einer Verletzung der §§. 12, 34 des Patentgesetzes vom 25. Mai 1877 und die Bemängelung der Zulässigkeit der Strafverfolgung wegen vermeintlichen Mangels des erforderlichen Strafantrages. Es steht fest und ist unbestritten, daß die nicht im Inlande wohnenden Patentinhaber R. & S. ununterbrochen im Inlande, zur Zeit in R. T. B. in Berlin, nach Vorschrift des §. 12 des Patentgesetzes einen Vertreter bestellt haben, für dieselben aber im vorliegenden Falle nicht dieser Patentvertreter, sondern der von ihnen hierzu durch Vollmacht gehörig legitimierte J. L. aus Wien gegen den Angeklagten rechtzeitig und formgerecht Bestrafung beantragt hat. Hiermit sind die prozessualen Voraussetzungen aus §. 34 des Patentgesetzes erfüllt. Die Behauptung der Revision, daß nur der im Inlande bestellte Vertreter der Patentinhaber gesetzlich befugt sei, Strafanträge wegen Patentverletzung zu stellen, ist grundlos. Wie das angefochtene Urteil zutreffend ausführt, macht der §. 12 des Patentgesetzes einmal lediglich objektiv die Erteilung und Ausübung des Patentschutzes bezüglich nicht im Inlande domicilierter Personen von dem Dasein eines inländischen Patentvertreters abhängig, und regelt sodann die aus der patentamtlichen Stellung dieses Vertreters sich ergebenden gesetzlichen Befugnisse des letzteren dahin, daß derselbe ohne weiteres legitimiert ist, im Patentverfahren und in den das Patent betreffenden bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten die Gerechtsame der Patentinhaber wahrzunehmen. Von einer ausschließlichen Befugnis des Patentvertreters spricht der §. 12 a. a. O. gar nicht. Und ebensowenig verfügt diese Gesetzesbestimmung irgend etwas über die Stellung des Patentvertreters im Strafverfahren. Nur soviel ist für das letztere aus dem ersten Satze des §. 12 zu entnehmen, daß auch der strafrechtliche Schutz des Patentgesetzes objektiv abhängig ist von der Existenz eines gehörig bestellten Patentvertreters. Ist aber diese Vorbedingung erfüllt, so regelt sich die weitere Frage nach Legitimation, Form, Rechtzeitigkeit u. s. w. des die Strafverfolgung bedingenden Strafantrages in Ermangelung jeder besonderen Bestimmungen des Patentgesetzes lediglich nach den allgemeinen Grundsätzen des Straf- und Strafprozeßrechtes. Denn diese allein und nicht das Patentgesetz sind für das Strafverfahren wegen Patentverletzung die normgebenden. Nach diesen Normen aber waren die Patentinhaber zweifellos berechtigt, sei es in eigener Person, sei es

durch einen hierzu von ihnen Bevollmächtigten die Bestrafung in Antrag zu bringen, und der Strafantrag des J. L. kann daher keiner Beanstandung unterliegen.

2. Dagegen enthalten die Urteilsgründe am Schlusse einen Satz, welchen die Revisionsbeschwerde mit Fug als rechtsirrtümlich angreift. Es heißt darin: „Auch der Einwand des Angeklagten, daß er seine Apparate, bezw. die Kopiermasse von S. zu Höchst bezogen, welcher solche seit 1874/75 in den Handel gebracht habe, kann nicht ihn, sondern eventuell auf Grund des §. 5 a. a. D. nur diesen vor Strafe wegen Patentverletzung schützen.“

Das Protokoll über die Hauptverhandlung ergibt nicht, in welcher Art der Angeklagte die schon früher von ihm vorgeschützte Einrede in der Hauptverhandlung genauer substantiiert hat, insbesondere nicht, ob und inwieweit er nur den Bezug einzelner zur Herstellung des Apparates erforderlicher Substanzen, z. B. nur der Abdruckmasse von S. in Höchst behauptet hat. Würde der fragliche Einwand sich auf die letztere Behauptung beschränkt und der Angeklagte im übrigen die durch ihn bewirkte selbständige Herstellung des fraglichen Kopierapparates aus Kopiermasse, Blecheinsatz und Tinten zugegeben haben, so würde freilich dem Angeklagten der §. 5 des Patentgesetzes nicht zur Seite stehen und er für die gewerbsmäßige Herstellung des patentierten Kopierapparates ohne Erlaubnis der Patentinhaber aus §. 34 des Patentgesetzes verantwortlich bleiben. Indessen greift jener Entscheidungsgrund des angefochtenen Urteils so weit, daß er auch die bloße Weiterveräußerung der von S. in Höchst berechtigtermaßen hergestellten und von diesem fertig bezogenen Apparate abseiten des Angeklagten in den Begriff strafbarer Patentverletzung nach Maßgabe der §§. 34. 4. 5 des Patentgesetzes einschließt. Ein solcher Rechtsatz aber erscheint unhaltbar. Allerdings hat der Abs. 1 des §. 5 des Patentgesetzes — „die Wirkung des Patents tritt gegen denjenigen nicht ein, welcher u. s. f.“ — eine Fassung erhalten, welche bei bloß wörtlicher Auslegung die Ausfassung zuließe, als wolle das Gesetz nur zu Gunsten der Person des Besitzers einer später anderweitig patentierten Erfindung das Patent in seinen Wirkungen einschränken, sodaß also vorliegendenfalls zwar S. in Höchst, falls er wirklich bereits zur Zeit der Anmeldung des hier fraglichen Patents die Erfindung in Benutzung genommen, d. h. den Kopierapparat gewerbsmäßig hergestellt, bezw. in Verkehr gebracht oder

feilgehalten hatte, hierzu auch ferner befugt bliebe, nicht aber ein Dritter, gleichviel ob dieser seine Rechte von S. herleitete oder nicht. Doch zeigt sowohl die Vergleichung der §§. 4 und 5 des Patentgesetzes untereinander, wie die Entstehungsgeschichte des §. 5, daß eine solche Auslegung mit der bestimmten Absicht der Gesetzgebung nicht in Einklang zu bringen ist. Der ganze Schutz, welchen der §. 5 dem thatsächlichen Besitzstande gegenüber den allgemeinen Patentwirkungen verleihen will, würde in zahlreichen und wichtigen Fällen völlig illusorisch werden, wollte man denselben auf den Besitzer persönlich beschränken, auf die von ihm hergestellten, in Verkehr gebrachten oder feil gehaltenen Gegenstände der Erfindung aber und auf die redlichen dritten Erwerber solcher Gegenstände nicht ausdehnen. Für die zahlreichen Fälle des Abs. 2 des §. 4 des Patentgesetzes würde sich aus jener persönlichen Beschränkung zunächst die Konsequenz ergeben, daß der eximierte Besitzer einer anderweit patentierten Erfindung, wenn dieselbe in einer Maschine, einem Werkzeug oder Arbeitsgerät besteht, zwar berechtigt bliebe, diese Gegenstände herzustellen, in Verkehr zu setzen und feil zu halten, daß aber kein Dritter befugt wäre, die solchergestalt vom Besitzer erworbenen Gegenstände ohne Erlaubnis des Patentinhabers zu gebrauchen. Man sieht nicht ab, welchen ökonomischen Wert dann überhaupt noch das fragliche Besitzrecht des §. 5 haben, und welcher vernünftige Zweck jener gewährleisteten Veräußerungsbesugnis dann noch verbleiben sollte. Gerade, um diese Konsequenz, die man bestimmt nicht wollte, abzuweisen, wurde bei Beratung des §. 5 im Deutschen Reichstage vom Abgeordneten Dr. Bähr beantragt, dem Abs. 1 des §. 5 hinzuzufügen: „Auch findet für die von demselben hergestellten und vertriebenen Gegenstände der Erfindung die Vorschrift des §. 4 Abs. 2 keine Anwendung.“ Der Vertreter der verbündeten Regierungen erklärte sich gegen dieses Amendement und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil er es für „unzweifelhaft“ erachtete, daß durch §. 5 sowohl Abs. 1, wie Abs. 2 des §. 4 außer Wirkung gesetzt würden, folglich derjenige, welcher von dem nach §. 5 geschützten Besitzer Gegenstände der Erfindung erwerbe, „diesen Gegenstand trotz des Patentes gebrauchen kann, ja sogar, daß er diesen Gegenstand noch weiter verkaufen kann“, das Amendement also teils überflüssig sei, teils aber eine unrichtige Unterscheidung und einen falschen Sinn in das Gesetz hineintrage. Diese Erklärung des Regierungsvertreters er-

fuhr von keiner Seite Widerspruch, der Antragsteller bemerkte im Gegenteil, daß er hierdurch seine Absicht, den Sinn des Gesetzes thunlichst klar zu stellen, für erreicht ansehe, das Amendement wurde zurückgezogen und die Vorlage in der jetzigen Fassung des §. 5 angenommen.

Vgl. Reichstagsverh. von 1877 Bd. 2 S. 926. 927.

Hieraus erhellt unzweideutig, daß der Schutz des §. 5 des Patentgesetzes nur bezüglich der Herstellung und der Anwendung eines Verfahrens einen persönlichen mit dem Besizer verbundenen Charakter an sich trägt, bezüglich der Gegenstände der Erfindung aber zu Gunsten derselben eine derartige sachliche Exemption von den Patentwirkungen schafft, daß dieselben, wenn vom Besizer redlich erworben, in der Hand dieser Dritten hinsichtlich des Gebrauches und der Weiterveräußerung dem freien Verkehr und der freien Verfügungsgewalt uneingeschränkt unterliegen. Auch erscheint es nicht zulässig, eine Restriktion etwa nach der Richtung hin noch aufrecht erhalten zu wollen, daß der dritte redliche Erwerber zwar an sich zum Weiterverkauf des Gegenstandes einer Erfindung, nicht aber zum Feilhalten derselben, oder zum gewerbsmäßigen Handelsvertriebe befugt wäre. Weder die oben erwähnten Vorgänge im Reichstage, noch die Worte des Gesetzes bieten hierzu genügenden Anhalt; die Unterscheidung zwischen handelsgewerblichem und nicht handelsgewerblichem Verkauf erscheint gegenüber dem Patentschutz kaum von praktischer Brauchbarkeit, und in ihren Rückwirkungen würde die fragliche Unterscheidung willkürlich den Besitzstand des nach §. 5 Eximierten kommerziell in einer Weise beschränken, die sich nicht rechtfertigen ließe.

Deshalb mußte die Schuzeinrede des Angeklagten nach den hier entwickelten Gesichtspunkten geprüft, sie durfte so, wie geschehen, nicht abgewiesen werden.